

**Protokoll der Fachausschusssitzung „Bau, Umwelt und Verkehr“
des Stadtteilbeirates Walle vom 13.08.2018 im Ortsamt West**

Beginn der Sitzung: 18.00h

Ende: 20.45h

Nr.: II/08/18

anwesend:

Herr Hauke van Almelo
Herr Thomas Bierstedt
Herr Jürgen Diekmeyer
Herr Wolfgang Golinski
Herr Jens Hirschberg
Herr Gerald Höns
Herr Jens Oldenburg
Herr Dr. Karsten Seidel
Herr Gerald Wagner

verhindert sind:

./.

Gäste:

Frau Wedler, SUBV
Frau Freimuth, SUBV
Herr Lemke, BPW baumgart+partner
Frau Finke, bpr-Planungsbüro
Herr v.Ritz-Lichtenow, Verkehrssachbearbeiter
Frau Gerling, Weser-Kurier
circa 25 Bürger*innen

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

- TOP 1:** Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2:** Genehmigung der Protokolle Nr.: XII/06/18 vom 04.06.2018 und Nr.: XII/07/18 vom 27.06.2018
- TOP 3:** Vorstellung Errichtung eines Büro- und Verwaltungsgebäudes Utbremer Straße (Hochpunkt Utbremer Straße)
dazu eingeladen:
Vertreterinnen Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Herr Lars Lemke, Planungsbüro BPW baumgart+partner
- TOP 4:** Erörterung eingegangener Bürgeranträge
- TOP 5:** Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten, u.a.
- Erörterung eingegangener Anträge der Parteien
 - Stellungnahme zum Entwurf Ortsgesetz über die Begrünung von Flächen
 - Aufstellung Geschwindigkeitsmesstafel und mobile Masten
 - Sachstand Beschluss „Verkehrsberuhigende Maßnahmen nördlich Osterfeuerberger Ring“
- TOP 6:** Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Nicht-öffentlicher Teil der Sitzung:

TOP 7: Beratung der im Amt eingegangenen Baugenehmigungsverfahren

Vor Einstieg in die Tagesordnung informiert die Vorsitzende darüber, dass das Beiratsmitglied Herr Manfred Schäfer verstorben ist. Die Anwesenden gedenken Herrn Schäfer.

Begrüßt wird der neue Verkehrssachbearbeiter des Polizeireviere Walle, Herr von Ritz-Lichtenow.

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Ohne Einwände wird die Beschlussfähigkeit festgestellt und die Tagesordnung genehmigt.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle Nr.: XII/06/18 vom 04.06.2018 und Nr.: XII/07/18 vom 27.06.2018

Die Protokolle vom 04.06.2018 und 27.06.2018 werden genehmigt.

TOP 3: Vorstellung Errichtung eines Büro- und Verwaltungsgebäudes Utbremer Straße (Hochpunkt Utbremer Straße)

Zu diesem Tagesordnungspunkt informiert zunächst Herr Lemke vom BPW-Planungsbüro über den aktuellen Stand der Bauleitplanung und geht auf Fragen des Ausschusses ein:

- Geplant ist ein Bürohochhaus an der Utbremer Straße zwischen Borkumstraße und Juiststraße (Gesamthöhe 43 Meter, 12 Stockwerke, 5600 m² Bürofläche).
- 93 Parkplätze entstehen auf zwei Etagen, die notwendigen Plätze lt. Stellplatzverordnung seien somit nachgewiesen.
- Besteht vom Grundsatz her ein Bedarf nach weiteren Büroflächen in Bremen? Ja. Derzeit gäbe es in der Stadt lt. Gewerbeentwicklungsplan einen Leerstand von 4%, „gesund“ seien 5 – 6%. Bedarf bestehe somit.
- Lärmbelastung in der Otto-Finsch-Straße durch Schallreflexionen? Laut Berechnung eines Hamburger Büros käme es lediglich zu einer minimalen Erhöhung der Werte. Auch die An- und Abfahrten zum Bürohochhaus würden nicht zu einer Steigerung des Lärmpegels führen.
- Schattenwurf durch das Hochhaus? Auch hierzu wurden Untersuchungen durchgeführt. Die Abstände zur Wohnbebauung in der Otto-Finsch-Straße seien unkritisch, es käme zu keinen nennenswerten Benachteiligungen.
- Erhalt der historischen Sichtachse von der Waller Heerstraße zum Dom? Lt. BPW bleibt die Sichtachse erhalten. Der Denkmalpfleger soll hierzu eingebunden werden.
- Straßenführung während der Bauzeit Dieser Punkt ist separat vom Planungsbüro bpr untersucht worden. Lt. Frau Finke sei es nach Abstimmung mit dem ASV nicht möglich, eine Fahrspur der Utbremer Straße zu sperren, damit Fußgänger*innen und Radfahrer*innen weiter passieren können. Diese Gruppen müssen den Bereich während der Bauzeit von circa 1,5 Jahren umfahren/umgehen und werden über anliegende Nebenstraßen geleitet.

Ergebnis:

Die Beschlussfassung zum Bauvorhaben soll im Rahmen der anstehenden Trägerbefassung erfolgen.

Mündliche Beantwortung des Beschlusses vom 16.04.2018 „Gewerbegebiet Kohlenstraße entwickeln – Arbeitsplätze schaffen“

Frau Wedler (SUBV) stellt hierzu unter Einbeziehung von Fragen aus dem Ausschuss u.a. Folgendes dar:

- Aufgezeigt werden Auszüge aus dem aktuellen Flächennutzungsplan (FNP) und dem Gewerbeentwicklungsprogramm (GEP 2020) für diesen Bereich. Lt. FNP handelt es sich um gewerbliche Baufläche. Das GEP besagt u.a., dass Entwicklungspotenziale

einzelner Bestandsgebiete durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und einer Arbeitsgruppe der WFB unter Einbeziehung der Handelskammer geprüft werden.

- Unabhängig vom Bebauungsplan soll das Hochhaus Synergieeffekte im Gewerbegebiet Kohlenstraße ausüben, das Ressort stimmt den vorgestellten Planungen zu. Zwar sei der Hochpunkt nicht aus der näheren Umgebung heraus entwickelt (dort gibt es keine weiteren Hochhäuser), aber es fügt sich in die Gesamtplanung der Stadt ein, an bedeutsamen Punkten markante Hochpunkte zu errichten.
- Wichtig sei insbesondere auch die Verbindung zum Stadtteil Findorff.
- Die derzeitigen Gewerbe in der Kohlenstraße sollen, auch aus Sicht des Ausschusses, nicht verdrängt werden. Die Unterstützung der dort ansässigen „kleinen“ Gewerbebetriebe sei wichtig.
- Erneut wird die Situation rund um die sogenannte „Kreuzung des Grauens“ (Kohlenstraße/Borkumstraße/Juiststraße) thematisiert, die aus Sicht des Ausschusses nach wie vor ungenügend ist. Gefragt wird nach Möglichkeiten zur Entschärfung, beispielsweise über die Einrichtung eines Kreisverkehrs. Lt. Frau Wedler habe man den Bereich weiter im Blick, er stehe derzeit allerdings nicht oben auf der Prioritätenliste.

Ergebnis:

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr plant zur genauen Untersuchung des Gewerbegebietes Kohlenstraße eine Bestandsanalyse. Der Ausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

Sachstand Bebauungspläne „Im freien Meer“ und „An der Meente/Rübekamp“

Zum Sachstand wurde mehrfach seitens des Ausschusses nachgefragt. Frau Wedler stellt an dieser Stelle Folgendes dar:

- Anhand von Grafiken und Luftbilder wird zunächst die Lage der Gebiete An der Meente/Rübekamp und Im freien Meer dargelegt.
- Nach einem Lärmschutzgutachten wurde deutlich, dass die geplante Reihenhausbebauung An der Meente/Rübekamp nicht zulässig ist. Derzeit gibt es verschiedene Überlegungen, wie die Fläche genutzt werden kann bzw. zu nutzen ist (Erweiterungsflächen für Schulen, Neubau von Sporthallen, Freizeitflächen etc.?). Eine differenzierte Bedarfsabfrage muss erfolgen.
- Ob das Gebiet Im freien Meer für eine Reihenhausbebauung zu nutzen ist, muss ebenfalls noch im Detail geklärt werden.

Ergebnis:

Vor dem Hintergrund der personellen Situation in der Stadtplanung soll ab Herbst 2018 zunächst einer der beiden Bebauungspläne konkretisiert werden.

Der Ausschuss bedankt sich bei den Referenten*innen für die dargestellten Informationen.

TOP 4: Erörterung eingegangener Bürgeranträge

Parkende PKWs und gefährdendes Verhalten von PKW-Fahrer*innen in der Vegesacker Straße

Der Bürgerantrag wurde im Vorfeld bereits der Polizei und dem Ordnungsamt mit der Bitte zugeleitet, den Bereich verstärkt zu kontrollieren.

Stellungnahme:

Kenntnisnahme. Es soll bei Polizei und Ordnungsamt zur Situation nachgefragt werden.

Rückäußerung SUBV zur Bürgeranfrage Stellplatzsituation Arndtstraße 2 - 6

Das Antwortschreiben der Behörde zur Stellplatzverordnung wurde dem Ausschuss im Vorfeld der Sitzung zugeleitet. Das Schreiben wird besprochen.

Der anwesende Beschwerdeführer ist anwesend und stellt seine Befürchtung dar, dass die Plätze für das Car-Sharing-Konzept des Bauträgers auf öffentlichem Grund liegen.

Ergebnis: Beim Bauträger soll nachgefragt werden, wo sich die Plätze befinden.

Bürgeranfrage Neubau Moschee?

Dem Bürger ist mitgeteilt worden, dass Baugenehmigungsverfahren dem Datenschutz unterliegen. Bei größeren Projekten wird jedoch seitens des Beirates Kontakt zum Bauherrn aufgenommen, damit eine öffentliche Vorstellung erfolgen kann. So würde auch bei Kirchenneubauten gehandelt.

Ergebnis: Kenntnisaufnahme.

Bürgerantrag Verkehrsreduzierung Fleetstraße

Der Antrag soll im Rahmen des Tagesordnungspunktes 5 - Entscheidungsbedarfe / Erörterung Verkehrskonzept „Nördlich Osterfeuerberger Ring“ behandelt werden.

Antrag der Initiative „Heimatviertel“: Beibehaltung der Spurbreite Waller Ring /Ecke Waller Heerstraße im Rahmen des anstehenden Gleisbaus der BSAG

Der Antrag soll unter Tagesordnungspunkt 5 „Anträge der Parteien“ behandelt werden.

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

Antrag der AfD: Sehr häufiges und störendes Blockieren der Querungshilfe Osterfeuerbergstraße / Bergerstraße sowie weitere Auflistung von Verkehrsauffälligkeiten im Stadtteil

Der Antrag (s. Anlage 1) wurde bereits in der zusätzlichen Sitzung des Fachausschusses „Bau, Umwelt und Verkehr“ vom 24.06.2018 thematisiert und das Anliegen an ASV, Polizei mit der Bitte um Stellungnahme geleitet.

Der Vertreter der AfD verliest und erläutert den Antrag. Die Vorsitzende stellt die Rückäußerungen der Behörden dar:

ASV: Es werden keine Möglichkeiten der Einflussnahme aus verkehrsbehördlicher Sicht gesehen. Leider werde vielerorts illegal geparkt.

Polizei: Die Kontaktbeamtin wird den Übergang verstärkt beobachten, gleichzeitig wurde das Ordnungsamt um verstärkte Kontrollen gebeten.

Abstimmung: Der Antrag wird einstimmig abgelehnt, weil mögliche Interventionen bereits erfolgt sind.

Anschließend erläutert der Vertreter der AfD seine, dem Ausschuss vorab zugeleitete, Auflistung „Antisoziales Benehmen in der Osterfeuerbergstraße“ und weiteren Stellen im Stadtteil. Die Auflistungen werden besprochen. Nachbarn beklagen ruhestörenden Lärm und illegale Müllablagerungen durch einen Club in der Osterfeuerbergstraße.

Ergebnis: Bei ruhestörendem Lärm nach 22.00h ist ggf. die Polizei zu informieren. Das Ortsamt bittet das Ordnungsamt (Gaststättenabteilung), den Club anzusprechen und auf die Einhaltung bestehender Vorschriften hinzuweisen. Ein Vertreter der Linkspartei hat bereits Kontakt zum Club aufgenommen.

Antrag der SPD „Anlieferung von Grünabfällen auf der Blockland-Deponie“

Der Ausschusssprecher verliest und erläutert den Antrag (s. Anlage 2).

Der Ausschuss erörtert den Antrag.

Beschluss (einstimmig):

Dem Antrag wird zugestimmt.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen „Gleisersatzbau - Aufweitung Waller Ring/Ecke Waller Heerstraße ist abzulehnen“

Ein Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen verliest und erläutert den Antrag (s. Anlage 3).

Zum selben Thema ist ein Antrag der von Bürger*innen getragenen Initiative „Heimatviertel“ eingegangen, der von einem anwesenden Vertreter der Initiative vorgetragen wird.

Befürchtet werden u.a. zusätzliche Durchgangsverkehre aus der Überseestadt, höhere Lärm- und Abgaswerte für die Bürger*innen am Waller Ring, eine unübersichtliche Verkehrssituation im Eckbereich Waller Ring/Waller Heerstraße insbesondere für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen (fehlende Aufstellflächen).

Die Thematik wird ausführlich erörtert.

Im Ergebnis soll dem Antrag der Grünen die Forderung hinzugefügt werden, den gesamten Kreuzungsbereich entsprechend der Forderungen neu zu beplanen.

Zur Dietrichstraße: Der Ausschuss spricht sich dafür aus, die bestehende Einbahnstraßenregelung in der Dietrichstraße auch nach dem Gleisbau Waller Heerstraße beizubehalten, weil dies dem Wunsch der Anwohner*innen entspricht.

Der Antrag der Bürger*innen wird dem Beschluss beigefügt.

Beschluss: Dem Antrag wird bei einer Enthaltung zugestimmt.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen „Radweg entlang der Nordstraße/Hafenrandstraße sanieren“

Ein Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen verliest und erläutert den Antrag (s. Anlage 4).

Der Antrag wird erörtert.

Ergänzt werden soll der Antrag um die Formulierung „Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ist aufzufordern.....“

Beschluss (einstimmig): Dem geringfügig ergänzten Antrag wird zugestimmt.

Stellungnahme zum Entwurf eines Ortsgesetzes über die Begrünung von Freiflächen und Flachdachflächen in der Stadtgemeinde Bremen (BegrünungsOG)

Der den Ausschussmitgliedern im Vorfeld der Sitzung zugeleiteten Gesetzesentwurf wird erörtert.

Stellungnahme (einstimmig): Dem Entwurf wird zugestimmt.

Aufstellung Geschwindigkeitsmesstafel und mobile Masten

Derzeit ist fraglich, wer zukünftig die Kosten für die Versetzung der mobilen Masten übernimmt. Die BSAG kommt nicht dafür auf. Pro Versetzung entstehen Kosten von circa 3400€. Der Ausschuss erörtert den Sachverhalt.

Stellungnahme (einstimmig):

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, dass die Kostenübernahme für die Aufstellung und die Versetzung von mobilen Masten wie bisher durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr erfolgt. Es handelt sich hier um eine originäre Aufgabe des Verkehrsressorts.

Sachstand Beschluss / Maßnahmenkatalog „Verkehrsberuhigende Maßnahmen nördlich Osterfeuerberger Ring“

Zu diesem Punkt wird durch den Beschwerdeführer und weitere Anwohner*innen der Brinkstraße und der Fleetstraße ein zuvor eingereichter Bürgerantrag vorgestellt. Vorgeschlagen wird eine Einbahnstraßenregelung in der Fleetstraße vom Osterfeuerberger Ring bis Tonderner Straße. Die Arbeitsweise des Ausschusses/des Ausschussprechers in dieser Sache wird kritisiert. „Nichts“ werde getan. Der Ausschusssprecher weist den Vorwurf zurück und stellt Interventionen der Vergangenheit dar. Erneut wird dargelegt, dass eine Veränderung an einer Stelle zu erheblichen (negativen) Auswirkungen an anderer Stelle des Verkehrssystems führen wird.

Der Ausschusssprecher und ein Vertreter von Bündnis 90 / Die Grünen berichten über ein Vorgespräch mit Vertretern des ASV und der Polizei vom 07.08.2018 zum 12-Punkte-Maßnahmenkatalog. Eine Straßeneinengung der Brinkstraße mittels Betonringen ist lt. der Behörde wahrscheinlich nicht möglich. Dieses und weitere Detailfragen wird das ASV noch recherchieren. Sobald die noch ausstehenden Informationen vorliegen, soll eine Entscheidung erfolgen.

Rückäußerung SUBV vom 13.06.2018 zum Beschluss „A 27 auf B 6 durch den Stadtteil Walle“

Das Schreiben wird besprochen. Der Ausschuss stellt weiteren Handlungsbedarf fest und missbilligt die Antwort des Verkehrsressorts.

Ergebnis: Die Thematik soll zusätzlich in der Beirätekonferenz vorgetragen werden. Die zuständige Mitarbeiterin des Ressorts soll in eine der nächsten Sitzungen zur Nachfrage eingeladen werden.

Schreiben SUBV vom 27.7.2018: Rückbau der Beleuchtungsmasten am Nordwestknoten und Wiederherstellung der Beleuchtung auf den Bremer Stadtstraßen

Das Schreiben wird besprochen. Eine zusätzliche persönliche Vorstellung des Rückbaus wird mehrheitlich nicht für notwendig erachtet.

Ergebnis: Kenntnisnahme

Kanalbaumaßnahme Waller Heerstraße im Bereich Waller Ring und Helgolander Straße

Das Projekt wurde im Rahmen eines Gesamtüberblickes von Waller Kanalbaumaßnahmen bereits im Ausschuss vorgestellt.

Die Vorsitzende referiert die Kernpunkte der aktuellen Informationen: Das Kanalbauprojekt wird vor dem anstehenden Gleisbau Waller Heerstraße in offener Bauweise durchgeführt. Wahrscheinlich müssen fünf Bäume zwischen Geestemünder Straße und Helgolander Straße gefällt werden, um den erforderlichen Verbau für die Kanalbaugrube einbringen zu können. Nachpflanzungen an gleicher Stelle sollen erfolgen.

Stellungnahme: Kenntnisnahme.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Zusätzliches Verkehrszeichen „Achtung Kinder“ an der Straße Lange Reihe vor der Kita
hier: Ergebnis Gespräch ASV und Beiratsvertreter

Das Verkehrszeichen wird seit längerem vom Ausschuss gefordert, der Verkehrssachbearbeiter unterstützte das Anliegen. Das ASV lehnt die Aufstellung weiterhin ab, weil in dem Bereich eine Tempo-30-Zone besteht. Mehr sei nicht möglich.
Kenntnisnahme.

Einladung zum Beirätegespräch am 25.08.2018 im Rahmen der Bremer Wohntage

Die Beiräte werden von 13.00 – 14.30h zum Beteiligungsprozess im Rahmen der Erstellung des Stadtentwicklungsplans Wohnen eingeladen.

Kenntnisnahme.

Schreiben SUBV vom 13.06.2018: Nachfrage zum Verkehrssimulationsprogramm

Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

Fragen und Anmerkungen aus Ausschuss und Publikum:

- Ein Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen berichtet über die mangelnde Umsetzung der Maßnahmen zum Naherholungsgebiet Bremer Westen und den Schriftverkehr mit dem Umweltressort in dieser Angelegenheit. Besonders negativ fällt der schlechte Pflegezustand Chysanthenweg/Pfingstrosenweg auf.
Ergebnis (einstimmig): SUBV soll aufgefordert werden, Grünpflege in diesem Bereich zu leisten.
- Der Vertreter der CDU berichtet, dass die umgefahrenen Poller und die fehlende Beschilderung ersetzt werden.
- Ein Bürger stellt dar, dass ein VZ „absolutes Halteverbot“ im Bereich Lange Reihe und Emders Straße („am Knick“) vonnöten sei. Der Verkehrssachbearbeiter schaut sich die Lage an.

Vorsitz/Protokoll:

Sprecher:

Petra Müller

Wolfgang Golinski